Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4367**
16. Wahlperiode 23. 02. 2007

Fragen

für die Fragestunde der 81. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 28. Februar 2007

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass trotz des Wirtschaftsaufschwungs von im Schnitt 2,8 Prozent in den neuen Ländern im Jahr 2006 bisher keine höhere Nachfrage nach Krediten durch Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei den ostdeutschen Sparkassen zu verzeichnen ist?

2. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wie fördert die Bundesregierung das Wirtschaftswachstum von Kleinstunternehmen und KMU in den neuen Ländern, und wie misst sie den Erfolg dieser Maßnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

3. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Wie ist die Position der Bundesregierung zur Forderung nach einer Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge beim BAföG um mindestens 10 Prozent im kommenden Jahr, nachdem sie in diesem Jahr im sechsten Jahr in Folge eine Anpassung ausgeschlossen hat, und in welcher Form wird darüber entschieden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

4. Abgeordneter **Dr. Karl Addicks** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die angebliche Unterstützung der Vereinigung Islamischer Gerichte, die maßgeblich an der instabilen Lage in Somalia beteiligt ist, durch Eritrea mit Waffen und finanziellen Mitteln vor dem Hintergrund, dass Eritrea zu den Partnerländern für umfassende deutsche Entwicklungszusammenarbeit gehört und im Jahr 2005 3,2 Mio. Euro an deutscher Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt bekommen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

5. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hat die Bunderegierung dazu veranlasst, sich mit den Finanzbehörden der Länder darüber zu einigen, dass die unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Parkraum/Stellplätzen generell nicht zu besteuern ist, und warum sind dagegen Zuschüsse des Arbeitgebers zu den Fahrtkosten des öffentlichen Verkehrs als geldwerter Vorteil zu versteuern?

6. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (FDP)

Hat die Bundesregierung Informationen darüber, dass private Veräußerungsgewinne in der Schweiz, Österreich, Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden sowie den USA besteuert werden, und wenn ja, welche Steuersätze, Freibeträge und Spekulationsfristen für private Veräußerungsgewinne in den genannten Ländern gelten?

7. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (FDP)

Sieht die Bundesregierung angesichts der in der Schweiz, Österreich, Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden und den USA geltenden Regelungen für private Veräußerungsgewinne die Gefahr, dass es bei Einführung einer Abgeltungsteuer in Höhe von ca. 28,5 Prozent inklusive Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer zu einer Kapitalflucht aus Deutschland kommen könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

8. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der Stand der Umsetzung des 10-Punkte-Sofortprogramms als Konsequenz auf den Fleischskandal im November 2005, vor allem im Hinblick auf die beabsichtigte Meldepflicht (Nummer 2 des Sofortprogramms), die Mitteilungspflicht (Nummer 6 des Sofortprogramms) und der Risikobewertungen (Nummer 8 des Sofortprogramms)?

9. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Bundesländer haben seit November 2005 eine Aufstockung ihres Personals in der Lebensmittelüberwachung vorgenommen, und in welchem Umfang?

10. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie ist der Stand der Einführung eines Qualitätsmanagementsystems in der Lebensmittelüberwachung auf Landes- und Bundesebene?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

11. Abgeordneter **Peter Hettlich** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist der Anteil von Personen ostdeutscher Herkunft an Grundwehrdienstleistenden, Zeitsoldaten und Berufssoldaten in der Bundeswehr?

12. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Mit welchem Kerosinverbrauch und welchem Kohlendioxidausstoß rechnet die Bundesregierung beim Einsatz der Bundeswehrtornados in Afghanistan insgesamt und pro Flugstunde?

13. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Welche Wirkung haben die Kriege im Irak und in Afghanistan auf die Klimaveränderung, und welche Informationen hat die Bundesregierung über den Kohlendioxidausstoß durch die benannten Kriegshandlungen pro Jahr?

14. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.)

Welche Voraussetzungen muss eine Privatperson erfüllen, um in den Genuss von personeller Unterstützung durch 310 Soldaten der Bundeswehr zu kommen, wie sie der Veranstalter der Münchner Sicherheitskonferenz erhalten hatte?

15. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.)

Wie viele Soldaten sind im Jahr 2006 bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr einsatzbedingt verletzt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

16. Abgeordnete **Ekin Deligöz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Wenn die Bundesregierung, wie am 9. Februar 2007 von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, öffentlich angekündigt, den Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren über die Bestimmungen des Tagesbetreuungsausbaugesetzes hinaus anstrebt, will sie diesen durch eine gesetzliche Änderung des SGB VIII oder durch eine Vereinbarung mit den Ländern realisieren?
17. Abgeordnete **Ekin Deligöz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Sollte die Bundesregierung den wie von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, öffentlich angekündigten Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren über die Bestimmungen des Tagesbetreuungsausbaugesetzes hinaus umsetzen, strebt sie dann gleichzeitig die Elternbeitragsfreiheit im Kindergarten an, und wie hoch wären dann die zusätzlichen Kosten für diese Maßnahmen?
18. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für die finanzielle Beteiligung des Bundes beim Ausbau der Kinderbetreuung in den Ländern?
19. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Wo sieht die Bundesregierung angesichts der Vielzahl von verschiedenen Vorschlägen seitens der Bundesregierung zur Familienpolitik wie Ausbau der Kinderbetreuung, Einführung eines Familiensplittings oder Kostenbefreiung von Kitagebühren die familienpolitischen Prioritäten, und wie sieht die Gegenfinanzierung zu diesen Vorschlägen aus?
20. Abgeordnete **Priska Hinz (Herborn)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Verbesserung der pädagogischen Qualität und der Bildungsleistung im Elementarbereich, und erwägt sie in diesem Zusammenhang, die Ausbildung eines nennenswerten Anteils des Personals in Kindertageseinrichtungen an der Fachhochschule oder der Universität zu veranlassen?

21. Abgeordnete **Priska Hinz (Herborn)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung Äußerungen seitens einzelner Länder, nach denen die Regelung der Kindertagesbetreuung ausschließlich in den Kompetenzbereich der Länder falle und der Bund hier überhaupt keine gesetzgeberischen Befugnisse habe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

22. Abgeordnete **Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wieso enthält der Referentenentwurf „Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchs" keine Mindestkriterien für spezielle Raucherräume, und warum ist statt einer Verpflichtung nur eine Ermächtigung für eine Rechtsverordnung vorgesehen?

23. Abgeordnete **Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung, dass keine wirksamen Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen das Rauchverbot vorgesehen sind, und warum begehen nur die Raucher die Ordnungswidrigkeit und nicht der Inhaber des Hausrechts oder der Betreiber des Verkehrsmittels?

24. Abgeordnete **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der Tagung der Gesundheitsministerkonferenz zum Thema Schutz vor Passivrauchen vom 23. Februar 2007, und warum nutzt die Bundesregierung die Möglichkeit im Arbeitsschutz nicht, um für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konsequente Regelungen zum Schutz vor Passivrauchen vorzuschlagen?

25. Abgeordnete **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie lautet die im Referententwurf „Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchs" vorgesehene Änderung der Arbeitsstättenverordnung, die laut Kritik von Verbänden, die sich für den Schutz vor Passivrauchen einsetzen, keine Veränderung der Rechtslage bedeuten würde, und welche Vorschläge machen z. B. die „Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen" oder der „Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit" zu diesem Punkt?

26. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worin besteht aus Sicht der Bundesregierung im Vergleich zur jetzigen Praxis die grundsätzliche Neuerung der im Referentenentwurf „Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchs“ in Bezug auf den öffentlichen Nahverkehr und die Eisenbahnen enthaltenen Vorschrift zur Einrichtung gesonderter Raucherräume, und in welchem Verhältnis steht diese Vorschrift zur schrittweisen Einführung vollständig rauchfreier Nahverkehrszüge der Deutschen Bahn?

27. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum ist im Referentenentwurf „Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchs“ nicht vorgesehen, dass Inhaber des Hausrechts oder Betreiber von Verkehrsmitteln für die Durchsetzung der vorgesehenen Rauchverbote verantwortlich sind, und wie stellt sich die Bundesregierung die Durchsetzung der vorgesehenen Rauchverbote alternativ vor?

28. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fällt der Deutsche Bundestag unter den Regelungsbereich des Referentenentwurfs „Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchs“, d. h. unter „sonstige öffentliche Einrichtungen des Bundes“, falls nein, wie begründet die Bundesregierung dies?

29. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kriterien müssen nach Ansicht der Bundesregierung die im Referentenentwurf „Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchs“ vorgesehenen speziellen Raucherräume erfüllen, und aufgrund welcher Kriterien dürfen solche Raucherräume überhaupt eingerichtet werden?

30. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass nach § 60 SGB V und den damit zusammenhängenden Krankentransport-Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (BAnz. Nr. 18 (S. 1342) vom 28. Januar 2004 und BAnz. Nr. 41 (S. 2937) vom 1. März 2005) auch akut und unabhängig von der Behinderung erkrankte Schwerbehinderte mit den Merkzeichen „aG“, „BI“ oder/und „H“ nur aufgrund ärztlicher Verordnung und nach vorheriger Genehmigung durch die Krankenkasse ein Taxi oder einen Mietwagen zu ambulanten Arztbehandlungen nutzen können, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass durch die bürokratischen Hürden der vorherigen (oder in Notfällen auch nachträglichen) ärztlichen Verordnung und

vorherigen Genehmigung durch die jeweilige Krankenkasse für die Betroffenen eine Hemmschwelle entsteht, die dazu führt, dass eine medizinisch notwendige ärztliche Behandlung gar nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch genommen wird?

31. Abgeordneter **Jörg Rohde** (FDP)

Plant die Bundesregierung gesetzliche Maßnahmen zur bürokratischen Entlastung mobilitätseingeschränkter Menschen mit Behinderung bei der ambulanten ärztlichen Behandlung von Krankheiten, die unvorhersehbar und unabhängig von der jeweiligen Behinderung auftreten und einer sofortigen ärztlichen Behandlung bedürfen, und wie begründete sie ihre Auffassung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

32. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wann wird die Strecke München–Kempten–Immenstadt–Lindau, deren Infrastrukturertüchtigung für den Neigetechnikzugeinsatz laut Unterlagen der DB Regio von 1999 schon 2001 abgeschlossen sein sollte, für bogenschnelles Fahren hergerichtet sein, und warum wurden die dazu erforderlichen Baumaßnahmen nicht in die im November 2006 beendete Generalsanierung des Schienennetzes im Allgäu integriert?

33. Abgeordneter **Uwe Barth** (FDP)

Trifft es zu, dass der Deutsche Wetterdienst, eine teilrechtsfähige Anstalt des Öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, seine Niederlassung in Leipzig von derzeit 70,5 Planstellen auf 17 Planstellen verkleinern wird, und wenn ja, was sind die Gründe hierfür?

34. Abgeordneter **Uwe Barth** (FDP)

Welche berufliche Perspektive wird den betroffenen Mitarbeitern geboten, und wie schätzt die Bundesregierung die Folgen einer Konzentration der jeweiligen Dienste an einzelnen Standorten im Bundesgebiet ein?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

35. Abgeordneter **Dr. Diether Dehm** (DIE LINKE.)

Wie viele zulässige Auskunftsverlangen sind an die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BUSt), Marianne Birthler, seit dem Inkrafttreten des Siebenten Gesetzes zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) gestellt worden, die nach der zuvor geltenden Fassung nicht mehr hätten beantwortet werden dürfen, und wie sind die Personen, zu denen Auskünfte begehrt wurden, auf die in § 20 Abs. 1 Nr. 6 bzw. 7 StUG genannten Personengruppen aufzugliedern?

36. Abgeordneter **Dr. Diether Dehm** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung den Nutzen der Gesetzesänderung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und für das Ansehen der Verfassungsorgane?

37. Abgeordneter **Christoph Waitz** (FDP)

Wie ist es zu erklären, dass der damalige Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik die Bundesregierung bzw. die Bundesregierung den Deutschen Bundestag entweder wahrheitswidrig darüber informiert, dass „beim Bundesbeauftragten […] am 1. Januar 1997 bei insgesamt über 3 000 Mitarbeitern noch 15 ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) als Angestellte bzw. Arbeiter beschäftigt“ wurden (Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS, Bundestagsdrucksache 13/6744 vom 15. Januar 1997) oder dass nach 1997 weitere ehemalige Mitarbeiter des MfS (heute sollen es 57 sein) in der Behörde der/des BStU eingestellt wurden?

38. Abgeordneter **Christoph Waitz** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die u. a. von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik geforderte Untersuchung, welche Bundestagsabgeordneten früherer Wahlperioden als inoffizielle Mitarbeiter für das MfS tätig waren und welche Auswirkungen die Tätigkeit des MfS auf die Arbeit des Deutschen Bundestages hatte?

39. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto** (FDP)

Wann ist mit den Ergebnissen der Erhebung, wie viele ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR in den einzelnen Bundesministerien sowie oberen Bundesbehörden beschäftigt sind, die nach Angaben der Bundesregierung (Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP, Bundestagsdrucksache 16/4347 vom 19. Februar 2006) in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich war, zu rechnen, und wenn eine solche Erhebung von der Bundesregierung nicht beabsichtigt ist, warum nicht?

40. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto** (FDP)

Wie ist es zu erklären, dass noch im Dezember 2006 in Verlautbarungen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik von 52 ehemaligen hauptamtlichen und zwei ehemaligen Inoffiziellen MfS-Mitarbeitern, die bei der BStU beschäftigt sind, die Rede war und es nun 57 ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter, also fünf Personen mehr, sein sollen (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP, Bundestagsdrucksache 16/4347, Antwort zu Frage 8)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

41. Abgeordneter **Dirk Niebel** (FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung das Verfahren von kommunalen Wohnungsgesellschaften z. B. in Löbau, einzelne Zimmer in Wohnungen von Arbeitslosengeld-II-Empfängern zu verschließen, damit eine angemessene Wohnungsgröße und Miete erreicht werden, aber auch geringere Mieteinnahmen (RTL Aktulell, vom 5. Februar 2007, DER TAGESSPIEGEL, vom 8. Februar 2007), und wie bewertet sie den Kontrollaufwand vor dem Hintergrund, dass alle Anstrengungen einer Vermittlung in Beschäftigung gelten sollten?

42. Abgeordneter **Ernst Burgbacher** (FDP)

Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung von der vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Münterfering, geforderten Einführung branchenabhängiger Mindestlöhne im Hinblick auf die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation insbesondere im Hotel- und Gastgewerbe?

43. Abgeordneter
Ernst Burgbacher
(FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass durch die Einführung von Mindestlöhnen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch Schwarzarbeit verdrängt werden?

44. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Aus welchem Grund hat die Bundesregierung den schon Ende Juni 2006 fälligen Fortschrittsbericht zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte noch nicht vorgelegt, und wann wird das erfolgen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

45. Abgeordneter
Rainder Steenblock
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konequenzen zieht die deutsche Ratspräsidentschaft aus der Kritik von Kommissions-Vizepräsidenten Margot Wallström am Ausschluss der Öffentlichkeit aus den Vorbereitungen zur Berliner Erklärung und dem Konsultationsprozess zur Zukunft des Europäischen Verfassungsvertrags?

46. Abgeordneter
Rainder Steenblock
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Weise kommt die Bundesregierung der Bitte der XXXVI. COSAC (Konferenz der Europaausschüsse) vom 19. bis 21. November 2006 in Helsinki an die deutsche Ratspräsidentschaft nach, für die Erarbeitung der Berliner Deklaration die Stellungnahmen der nationalen Parlamente einzuholen, und in welcher Form wird die Bundeskanzlerin als EU-Ratspräsidentin dazu bei der XXXVII. COSAC am 13. und 14. Mai 2007 in Berlin Bericht erstatten?

47. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beabsichtigt die Bundesregierung Pläne zur Gründung einer Deutsch-Armenischen Versöhnungsstiftung zu unterstützen, und in welcher Form soll und kann das ggf. erfolgen?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333